

NIEDERSCHRIFT UDF/002/2010

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und
Feuerwehrangelegenheiten der Stadt Billerbeck am 27.04.2010 im **Sitzungssaal**
des Rathauses.

Vorsitzender:

Herr Florian Heuermann

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr Ralf Flüchter

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Andreas Groll
Herr Winfried Heymanns
Herr Carsten Rampe
Herr Siegfried Hirtz

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Frau Jutta Greving	bis einschl. TOP 2. ö. S.
Herr Georg Hoffmann	bis einschl. TOP 5 ö. S.
Herr Peter Melzner	
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Herr Heuermann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Eintragung des Speichers auf dem Grundstück Temming 25 in die Denkmalliste der Stadt Billerbeck

Nachdem Herr Dr. Meyring, Herr Flüchter und Herr Dittrich zum Ausdruck bringen, dass sie eine Unterschutzstellung begrüßen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Dem Antrag der Eigentümer des Speichers Temming 25 auf Unterschutzstellung des Speichers wird entsprochen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Eintragung als Baudenkmal in die Denkmalliste der Stadt Billerbeck gemäß § 3 DSchG vorzunehmen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. **Teilnahme am Tag des offenen Denkmals 2010**

Frau Greving schlägt ergänzend zu den Ausführungen in der Sitzungsvorlage vor, am Tag des offenen Denkmals auch das sanierte Freibad vorzustellen.

Herr Dr. Meyring meint, dass am Tag des offenen Denkmals nicht der Bahnhof in Lutum, sondern der in Billerbeck präsentiert werden sollte. Insbesondere sollte auf den aufgearbeiteten Waggon und das Bahnhofsumfeld hingewiesen werden. Vielleicht könnte auch die gesamte Bahntrasse einbezogen werden.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass der Bahnhof kein Denkmal ist und geprüft werden müsse, ob dies Voraussetzung zur Teilnahme am Denkmaltag ist.

Herr Dittrich begrüßt eine diesjährige Teilnahme am Tag des Denkmals. Die Einbeziehung des Bahnhofes Lutum halte er für eine gute Idee, zumal viele den Bahnhof nicht kennen. Dabei sollte auch die Geschichte des Bahnhofes dargestellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Dittrich zu den Kosten für den Tag des Denkmals teilt Frau Greving mit, dass der Tag in der Vergangenheit fast ohne Kostenaufwand gestaltet werden konnte.

Herr Flüchter spricht sich ebenfalls für die Vorstellung des Bahnhofes Lutum aus, wobei die Folgenutzung der Bahntrasse als Bahnradweg einbezogen werden sollte.

Herr Hirtz schlägt als Begleitprogramm Rundfahrten mit einer Postkutsche vor.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass kein eigenes Budget für die Ausgestaltung des Tages zur Verfügung stehe und man sich eine Kutsche wohl nicht leisten könne.

Herr Dittrich schlägt vor, die Bevölkerung zur Beteiligung aufzurufen, evtl. hätten die Bürger noch andere Ideen und Vorschläge.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anmeldung zum diesjährigen Tag des offenen Denkmals am 12. September 2010 vorzunehmen und ein entsprechendes Programm zu organisieren.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. Antrag der CDU-Fraktion vom 30. November 2009
hier: Errichtung einer Elektroladestation für Elektrorollstühle, Elektrofahräder, Elektroautos**

Herr Dr. Meyring kann sich den Ausführungen in der Sitzungsvorlage anschließen, ergänzend sollten aber die Bedarfe festgehalten werden, um feststellen zu können, ob sich die Installation einer Ladestation im öffentlichen Verkehrsraum lohne.

Herr Dittrich bezeichnet den Antrag der CDU und die Vorschläge der Verwaltung positiv. Die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem i-Punkt sollte aber weiter verfolgt werden, zumal sich die Wirtschaftlichkeit aufgrund sinkender Modulpreise verbessern werde.

Frau Dirks weist ergänzend darauf hin, dass das Thema Elektro- und Solarmobilität ein Leader-Projekt sein könnte.

Herr Flüchter kann sich dem Antrag der CDU-Fraktion und den Vorschlägen der Verwaltung anschließen. Die Umsetzung werde sich positiv auf die Außenwirkung Billerbecks als klimafreundliche Stadt auswirken.

Herr Hirtz begrüßt die Vorschläge ebenfalls. Die Elektromobilitisierung werde immer mehr zunehmen. Um Erfahrungswerte zu sammeln, sollten bestehende Anlagen (z. B. in Wettringen, Saerbeck, Ladbergen, Lüdinghausen) besichtigt werden. Vielleicht könnten auch die Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Haupt- und Realschule zur Aufladung der Batterien genutzt werden.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass dann dort mit einem hohen Kostenaufwand eine Ladestation installiert werden müsste.

Herr Dr. Meyring ist der Meinung, dass Ladestationen in der Nähe des Rathauses und – falls sich der IBP einbringe - am Bahnhof sicher praktikabel wären. Zunächst sollten Angebote geschaffen und dann im Zuge der weiteren Maßnahmen bedarfsgerecht Standorte gesucht werden.

Frau Dirks macht deutlich, dass zweigleisig gefahren werden sollte. Sie könne sich vorstellen, dass in jeder Stadt Ladestationen installiert werden. Deshalb soll mit der LAG und den Nachbargemeinden Kontakt aufgenommen werden.

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, ob es ein einheitliches Zeichen gebe, mit dem auf Ladestationen hingewiesen wird. Ohne Hinweisschilder machten die Ladestationen keinen Sinn.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu. Den Gastronomiebetrieben sollte ein einheitliches Schild vorgeschlagen werden.

Beschluss:

Im Rathaus wird die Aufladung von Fahrradakkus kostenlos angeboten. Es ist mit der örtlichen Gastronomie anzustreben, dass auch dort dieses Angebot vorgehalten wird und durch einen einheitlichen Hinweis hierauf von außen sichtbar aufmerksam gemacht wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Inanspruchnahme der Ladestationen zu dokumentieren.

Zur weiteren Bearbeitung des Themas –insbesondere zur Installierung von Ladestationen im öffentlichen Raum möglichst einheitlich für die Le-ader-Region Baumberge- wird der Antrag an die LAG weiter geleitet.

Die Initiative des IBP wird ausdrücklich unterstützt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Antrag der CDU-Fraktion vom 01.12.2009 auf Errichtung einer Annahmestelle für Gasentladungslampen

Herr Melzner teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass eine viermalige Entsorgungsmöglichkeit im Jahr über das Schadstoffmobil unter Zugrundelegung einer zu entsorgenden Menge von 490 kg Kosten in Höhe von rd. 100,-- € verursachen würde.

Herr Dr. Meyring macht deutlich, dass der CDU-Antrag nicht auf die heutige Situation, sondern auf die zukünftige Situation abziele. Der Anteil der zu entsorgenden quecksilberhaltigen Gasentladungslampen werde steigen. Die Lampen seien klein und könnten leicht illegal entsorgt werden. Deshalb sollte den Bürgern eine ordnungsgemäße zeitnahe Entsorgung leicht gemacht werden. Die Entsorgung am Wertstoffhof und eine viermalige Abgabemöglichkeit am Schadstoffmobil reiche auf Dauer nicht aus. Es müssten noch weitere zentrale Möglichkeiten gefunden werden.

Herr Dittrich begrüßt den Antrag, die ordnungsgemäße Entsorgung der Gasentladungslampen müsse sicher gestellt werden. Die Abgabe bei den Händlern sei ihm zu unsicher definiert. Entweder müsse eine sichere Abgabe bei den Händlern oder am Schadstoffmobil möglich sein. Falls sich die Mengen erheblich erhöhen sollten, müsste über andere Varianten nachgedacht werden.

Frau Dirks erläutert, dass die Händler als offizielle Annahmestellen ausgewiesen würden, so dass dort auch ohne einen Einkauf Gasentladungslampen abgegeben werden können. So würden viele Annahmemöglichkeiten entstehen, für die der Stadt keine Kosten entstünden.

Herr Dittrich hält sichere Annahmestellen in den Geschäften für ausreichend. Nur, wenn diese nicht eingerichtet werden können, sollte das Schadstoffmobil eingesetzt werden.

Herr Flüchter sieht eher die Hersteller und Einzelhändler in der Pflicht.

Übergangsweise würde er es für sinnvoller halten, wenn im Umweltkalender auf die notwendige gesonderte Entsorgung der quecksilberhaltigen Gasentladungslampen hingewiesen und die Annahmestellen aufgelistet würden.

Die Einzelhändler sollten an oder in ihrem Geschäft auf die Annahmelmöglichkeit hinweisen, so Herr Dr. Meyring. Er gebe aber zu bedenken, dass die Lampen nicht einfach wie Batterien in ein Behältnis geworfen werden können, sondern abgegeben werden müssen. In einer Pressemitteilung und im Umweltkalender sollte hierauf hingewiesen werden.

Der Ausschuss fasst schließlich folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den örtlichen Einzelhändlern die Annahme von Gasentladungslampen abzustimmen. Die Einzelhandelsgeschäfte sollen im Umweltkalender der Stadt aufgeführt werden und zusätzlich auf die Annahme hinweisen. Außerdem soll im Umweltkalender über die umweltschädlichen Inhaltsstoffe der Gasentladungslampen informiert werden.

Falls eine Entsorgung nicht über die Einzelhandelsgeschäfte möglich sein sollte, wird die Entsorgung über das Schadstoffmobil angeboten.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FPD, Bündnis 90/Die Grünen

hier: 100-Alleen Programm des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Mollenhauer geht auf die Vorberatung und Beschlussfassung des Bezirksausschusses ein und verliest die Stellungnahme der Anlieger Gantweg/Hamern gegen die Anpflanzung einer Allee, die der Niederschrift über die Sitzung des Bezirksausschusses beigelegt ist.

Herr Hoffmann stellt anhand von Plänen die Wege vor, die verwaltungsseitig für die Anpflanzung einer Allee als geeignet angesehen werden.

Herr Brockamp hält eine Beteiligung der Anlieger für wichtig und begrüßt daher den Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses, einen Ortstermin mit den Anliegern und den Ausschussmitgliedern durchzuführen.

Herr Flüchter hält an dem gemeinsamen Fraktionsantrag fest. Einem Ortstermin könne er nur zustimmen, wenn es um Detailabstimmungen gehe. Die Bedenken der Landwirte, z. B. bzgl. des Schattenwurfes, teile er nicht. Aufgrund der Ausrichtung der Wege zur Himmelsrichtung werde es nur an dem Weg im Gantweg zu Schattenwurf auf den angrenzenden Feldern kommen.

Herr Dittrich betont, dass mit dem 100-Alleen-Programm des Landes die einmalige Chance bestehe, das Alleenprojekt zu verwirklichen. Von den Alleen werde die gesamte Bevölkerung profitieren. Erfreulich sei, dass

sich die Anlieger in ihrer aktuellen Stellungnahme im Gegensatz zu der Stellungnahme aus 2007 nicht mehr grundsätzlich gegen Bäume und Alleen aussprechen. Die Notwendigkeit zur Durchführung eines Ortstermins sehe er nicht. Die Örtlichkeiten seien bekannt und es gebe auch keine neuen Fakten. Das Alleenprojekt sollte jetzt umgesetzt und nicht auf die lange Bank geschoben werden. Billerbeck werde durch die Alleen auch eine touristische Aufwertung erfahren, auch wenn damit für die Landwirte die ein oder andere Einschränkung verbunden sei. Außerdem sehe der Beschlussvorschlag der Verwaltung eine Beteiligung der Anlieger vor. Deshalb müsse kein gesonderter Ortstermin mit den Vertretern zweier Ausschüsse stattfinden.

Herr Heuermann weist darauf hin, dass der Bezirksausschuss einstimmig einen Ortstermin beschlossen habe.

Herr Dr. Meyring gibt zu bedenken, dass hier Anwohner Gesprächsbereitschaft angeboten hätten und einen Ortstermin zur Darlegung ihrer Beweggründe nutzen wollten. Da die Anträge noch auf den Weg gebracht und die nächste Pflanzperiode im Herbst abgewartet werden müsse, bestehe überhaupt keine Zeitnot. Ein Beschluss sollte deshalb jetzt nicht übers Knie gebrochen werden.

Herr Dittrich bekräftigt, dass er keine Notwendigkeit für eine erneute Bürgerbeteiligung sehe. Eine Bürgerbeteiligung habe bereits 2007 stattgefunden. Damals sei im Übrigen auch die Anpflanzung von Stieleichen begrüßt worden, was jetzt anders sei. Die Anträge sollten jetzt auf den Weg gebracht werden. Er empfinde die jetzigen Diskussionen als Verzögerungstaktik. Im Übrigen habe er sich über die damalige Eingabe der Anlieger und insbesondere über den letzten Absatz, in dem ausgeführt werde, dass bei Anpflanzung der Allee gegen den Willen der Anlieger die Bereitschaft bzgl. der Flächenabgabe für den Radweg Richtung Hamern sicherlich nicht größer werde, sehr geärgert. Dieser Absatz sei eine fast strafrechtliche Nötigung von Rats- und Ausschussmitgliedern.

Herr Flüchter wiederholt, dass die Anlieger lediglich beteiligt werden sollten, wenn es um Detailabstimmungen gehe. Des Weiteren gebe er zu bedenken, dass das Förderprogramm bereits 2009 enden sollte, dann aber bis 2010 verlängert wurde. Ob eine Verlängerung über 2010 hinaus erfolge sei fraglich. Deshalb müsse man aufpassen, dass man überhaupt noch in den Genuss der Fördermittel komme. Bei der Auswahl der Bäume sollte darauf geachtet werden, dass die Bäume sowohl auf der Straßen- als auch auf der Feldseite möglichst schnell aus dem Lichtraumprofil herauswachsen.

Frau Dirks unterstreicht, dass verwaltungsseitig die Anpflanzung von Alleen befürwortet werde. Probleme beim Begegnungsverkehr sehe sie nicht, weil Ausweichmöglichkeiten geschaffen würden. Sie wolle aber noch einmal den Vorschlag der Anlieger zur Diskussion stellen, auf die komplette Allee zu verzichten, wenn seitens der Anlieger auf der Strecke eine einseitige Baumreihe in Eigenregie gepflanzt wird.

Zu der von Herrn Dittrich vermuteten Verzögerungstaktik weist Herr Heuermann darauf hin, dass der Bezirksausschuss eine zusätzliche Sitzung im Mai angedacht habe, das Vorhaben also nicht auf die lange Bank geschoben werden soll.

Herr Hirtz sieht keinen Sinn in einer Bürgerbeteiligung, da die Anlieger keine Allee wollen. Im Übrigen seien anderenorts die Bürger froh, Alleen zu haben.

Herr Dr. Meyring wirft die Frage auf, was gegen einen vom Bezirksausschuss empfohlenen kurzfristigen Ortstermin mit den Anliegern spreche. Das sei doch nur bürgerfreundlich. Die Argumente, die die Anlieger vor 3 Jahren ins Feld geführt hätten, zählten für ihn heute nicht mehr.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass der Bezirksausschuss lediglich eine vorberatende und keine bindende Funktion habe. Dem Argument der Anlieger, dass sich der Schattenwurf negativ auf die Erträge der bestellten Felder auswirke, halte er entgegen, dass deshalb sicherlich kein Landwirt seinen Betrieb aufgeben müsse. Schwierigkeiten beim Begegnungsverkehr werde es nur bedingt geben, da Ausweichmöglichkeiten angelegt würden. Außerdem diene es der Sicherheit, wenn hierdurch bedingt langsamer gefahren werde. Und wenn die Anlieger das zu zweit nebeneinander Fahren der Radfahrer als verwerflich ansehen, dann halte er dem entgegen, dass Fußgänger, Radfahrer und Inliner Vorrang haben und nicht die immer größer werdenden landwirtschaftlichen Fahrzeuge. Die Argumente seien nach seiner Meinung ausgetauscht, neue Argumente werde es in einer Bürgerbeteiligung nicht geben. Deshalb sehe er das jetzige Vorgehen als reine Verzögerungstaktik an. Außerdem habe er die Eingabe der Anlieger aus 2007 nicht vergessen. Solange keine neuen Erkenntnisse vorgebracht werden, sehe er keine Notwendigkeit einen Ortstermin mit beiden Ausschüssen durchzuführen. Zudem habe die Verwaltung dargelegt, dass die Alleen realisierbar sind. Er beantrage Abstimmung.

Herr Flüchter weist darauf hin, dass andere Alleen noch schmaler seien und dort auch Begegnungsverkehr funktioniere.

Herr Brockamp weist den Vorwurf der Verzögerungstaktik zurück. Er habe nichts gegen Alleen, wolle aber die Argumente der Bürger hören. Die Eingabe aus 2007 kenne er nicht, wohl die aus 2010, die doch sehr vernünftig sei. Er wisse nicht, warum mit den Anliegern nicht geredet werden soll.

Nachdem Frau Dirks feststellt, dass der Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses der weitergehende ist und deshalb zuerst hierüber abgestimmt werden muss, verliert Herr Heuermann zur Verdeutlichung den Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses:

„Zunächst findet ein gemeinsamer Ortstermin mit den Anliegern Hamern/Gantweg, den Bezirksausschussmitgliedern und den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten

ca. Ende Mai in Hamern statt. Danach wird in den Ausschüssen beraten, wobei die Verwaltung den Sitzungskalender anpassen muss. Zuerst soll die Umsetzung einer Allee Hamern/Gantweg diskutiert werden. Über die Vorschläge der Verwaltung (Sitzungsvorlage) und die heutigen Alternativvorschläge (K 38 Richtung Kentrup, K 72 Richtung Holthausen, Berkelwanderweg, Kreisstraße Lutum, Napoleonsweg soll dann im Herbst insgesamt beraten werden.“

Dieser Beschlussvorschlag wird mit **4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen abgelehnt.**

Herr Dr. Meyring wirft ein, dass heute noch nicht über die Wege 3 – 5 diskutiert worden sei.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass er einen Antrag auf Abstimmung gestellt habe und jetzt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werden müsse.

Herr Heuermann gibt zu bedenken, dass die Diskussion nicht „abgewürgt“ werden sollte, wenn es offenbar noch andere Argumente gebe.

Daraufhin zieht Herr Dittrich seinen Antrag auf Abstimmung zurück, damit die noch nicht vorgebrachten Argumente besprochen werden können.

Herr Dr. Meyring führt aus, dass noch nicht klar gewesen sei, inwieweit der Schauff-Weg für die Anlegung einer Allee geeignet ist. Er gebe zu bedenken, dass dieser Weg einem Lohnunternehmer als Zufahrt diene.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass der Schauff-Weg 9 m breit sei, also die erforderliche Mindestbreite weit überschritten werde.

Herr Dr. Meyring erinnert an den Beschluss des Bezirksausschusses, weitere Alternativen zu prüfen und erkundigt sich nach dem Ergebnis.

Herr Hoffmann erläutert, dass die ehem. Kreisstraße von der Schule bis zum Bahnhof Lutum mit 12 m ausreichend breit sei. Da die RWE die Verlegung der Freileitungen plane, habe er diese Trasse nicht weiter verfolgt. Ebenso habe er den Napoleonweg nicht in weitere Überlegungen einbezogen, weil dort seit Jahren von den Nachbarn jährlich ca. 15 – 20 Obstbäume angepflanzt werden.

Darüber hinaus habe er weitere Straßen in Gerleve geprüft. Wegen Versorgungsleitungen und nicht ausreichender Mindestbreiten kämen diese Trassen aber für die Anpflanzung von Alleen nicht in Betracht. Schutzmaßnahmen für die Versorgungsleitungen wären ebenso teuer wie die Anpflanzung der Bäume.

Im Übrigen sollten Obstbäume nicht an asphaltierten Wirtschaftswegen gepflanzt werden, da herunter fallendes Obst Probleme bereite.

Auf Nachfrage von Herrn Brockamp zu Anpflanzungen am Berkelwanderweg teilt Herr Hoffmann mit, dass es sich um Naturschutzgebiet han-

dele und in der Aue keine Bäume angepflanzt werden dürfen. Eine abschließende Prüfung erfolge aber noch.

Herr Flüchter weist darauf hin, dass er Anpflanzungen entlang der Berkel auch schon einmal angeregt habe. Außerdem vertue man sich nichts, wenn die im Bezirksausschuss vorgeschlagenen Trassen für die Anpflanzung von Alleen ebenfalls berücksichtigt werden.

Herr Hirtz erkundigt sich, wie hoch die Kosten für die Schutzmaßnahmen der RWE-Leitungen seien.

Herr Hoffmann beziffert diese auf rd. 50,-- € pro Baum, wobei die Schutzfolie von der RWE zur Verfügung gestellt werde.

Herr Dittrich stimmt Herrn Flüchter zu, dass auch die anderen Vorschläge überprüft und im Auge behalten werden sollten. Der Vorschlag der Anlieger, am Gantweg/Hamern eine einseitige Baumreihe anzupflanzen, stelle für ihn keine Alternative dar. Gerade an dem Entree zur Stadt, sollte die Chance zur Anpflanzung einer Allee genutzt werden. Er stelle den Antrag auf Abstimmung.

Herr Dr. Meyring betont, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde, nicht weil er gegen Bäume sei, sondern weil er mit den Bürgern sprechen wolle.

Herr Dittrich entgegnet, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung eine Beteiligung der Anlieger vorsehe.

Der Vorsitzende lässt dann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Alleen sollen in der vorgeschlagenen Reihenfolge realisiert werden (Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4, Nr. 5). Es sind sukzessive entsprechend den zur Verfügung stehenden Mitteln Anträge zu stellen und die Maßnahmen sind umzusetzen. Die Anlieger sind zu beteiligen.

Stimmabgabe: 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

6. 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck

Herr Dr. Meyring spricht sich gegen die geplante Vorverlegung der Abfuhr auf 6:00 Uhr aus. Erfahrungsgemäß müsse dann damit gerechnet werden, dass noch früher mit der Abfuhr begonnen werde.

Herr Melzner weist darauf hin, dass die Entsorgungsleistungen kreisweit einheitlich ausgeschrieben worden seien und dadurch erhebliche Kostenvorteile erzielt wurden. Eine Abfuhr ab 6:00 Uhr sei zulässig. Wenn es bei einer Abfuhr ab 7.00 Uhr bleiben soll, müssten möglicherweise Preisaufschläge hingenommen werden.

Herr Dr. Meyring gibt zu bedenken, dass die Abfuhrfahrzeuge in den Wohngebieten einen nicht unerheblichen Lärm verursachen. Außerdem wolle er wissen, warum sie nicht gefragt worden seien, bevor die Ausschreibung auf den Weg gebracht wurde.

Herr Melzner legt dar, dass das Leistungsverzeichnis gemeinsam mit den übrigen Kommunen erstellt wurde. Wenn es bei einer Abfuhr ab 7:00 Uhr bleiben soll, werde es Probleme mit dem Unternehmer geben. Dabei sei auch zu bedenken, dass bei Verlegung der Abfuhrtermine aufgrund von Feiertagen die Abfuhr nachgeholt werden müsse. In solchen Fällen sei es notwendig, früher mit der Abfuhr beginnen zu können.

Die Verwaltung sollte prüfen, so Herr Dittrich, ob bei einer Beibehaltung der Abfuhr ab 7:00 Uhr Mehrkosten entstehen.

Herr Rampe weist darauf hin, dass eine gemeinsame Ausschreibung mit allen Städten und Gemeinden im Kreis nicht einfach sei. Im Übrigen habe sowohl der Fachausschuss als auch der Kreistag einstimmig, also auch mit den CDU-Stimmen, die Satzung beschlossen.

Herr Dr. Meyring erwidert, dass er heute über die Satzung für Billerbeck entscheide. Es gebe die Möglichkeiten, einer Abfuhr ab 6:00 Uhr zuzustimmen oder die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob Mehrkosten bei einer Abfuhr ab 7:00 Uhr entstehen.

Herr Dittrich schlägt vor, eine Abfuhr ab 7:00 Uhr festzulegen, falls hierfür keine Mehrkosten entstehen. Sollten jedoch Kosten entstehen, sollte die Abfuhr ab 6:00 Uhr erfolgen.

Auf Vorschlag von Herrn Heuermann wird die Verwaltung beauftragt, bis zur Ratssitzung zu klären, ob bei einer Abfuhr bis 7:00 Uhr Mehrkosten entstehen.

Herr Dr. Meyring fragt nach, ob es üblich sei, dass die Firma, die den Wertstoffhof betreibt, auch in der Satzung genannt werde. Man sollte sich nicht unnötig an einen Unternehmer binden.

Herr Melzner teilt mit, dass die Betreiberfirma, die allerdings einen anderen Namen hatte, auch in der vorherigen Satzung genannt wurde. Zudem bestehe die Möglichkeit, den Restmüll von zu Hause abholen zu lassen, insofern handele es sich auch um eine Information. Außerdem sei man hierdurch nicht gehindert, eine andere Firma zu beauftragen. Er schlage vor, die Betreiberfirma in der Satzung zu nennen. Dem stimmt Herr Dr. Meyring schließlich zu.

Herr Dittrich führt aus, dass die Abholung von Sperrmüll nach wie vor vorgesehen sei, er aber keinen Hinweis auf die Kosten gefunden habe.

Herr Melzner verweist auf den Umweltkalender, in dem die Kosten mit

25,-- € (bis 2 cbm) angegeben seien.

Herr Dittrich bezieht sich auf die in § 16 geregelte Entsorgung von Baumischabfällen. Die Kosten würden lt. Satzung direkt zwischen Anlieferern und Unternehmer abgerechnet. Er sei von einem Bürger angesprochen worden, der den Eindruck gehabt habe, dass die Kosten beliebig festgesetzt werden.

Her Melzner verweist wiederum auf den Umweltkalender, in dem die Mengen und Kosten u. a. für Baumischabfälle genau aufgeführt seien.

Unter der Voraussetzung, dass die Verwaltung bis zur Ratssitzung klärt, ob für eine Abfuhr ab 7:00 Uhr Mehrkosten entstehen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck vom 22. Dezember 1999 in der zurzeit gültigen Fassung wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Haupt- und Realschulturnhalle

Herr Mollenhauer beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder u. a. zu steuerlichen Möglichkeiten, zur Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und zur Haftung.

Herr Dr. Meyring stellt die Überlegung an, dass die GIWo im Bereich der Finanzierung und als Betreiber tätig werden könnte.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass dies zurzeit nicht dem Satzungszweck der GIWo entspreche.

Frau Dirks sagt zu, in einer der nächsten Gesellschafterversammlungen auf das Thema einzugehen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Es wird grundsätzlich beschlossen, dass die Stadt auf den Dächern der Haupt- und der Realschulturnhalle Photovoltaikanlagen errichtet, wobei der Strom möglichst in den Schulen direkt verbraucht werden soll.

Die Maßnahmen sind zu planen, die Ausschreibungen sind vorzubereiten und der Markt ist zu beobachten.

Stimmabgabe: einstimmig

8. Ergebnisse des Arbeitskreises "Rad- und Wanderwege in und um Billerbeck"

Herr Mollenhauer informiert den Ausschuss über die Ergebnisse des Arbeitskreises „Rad- und Wanderwege in und um Billerbeck“ und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Brockamp regt unterschiedliche farbliche Markierungen der Wege an.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

9. Mitteilungen

9.1. Historischer Stadtrundgang - Frau Dirks

Frau Dirks führt aus, dass Herr Ester dem Ausschuss im letzten Jahr seine Ideen zum „Historischen Stadtrundgang“ vorgestellt habe. Heute habe sie sein Honorarangebot erhalten. Angebote für die Schilder müssten noch eingeholt werden. Geplant sei, einen Antrag auf Leader-Förderung zu stellen und den Eigenanteil über Sponsoren zu finanzieren. Jetzt stelle sich die Frage, ob über den Kostenvoranschlag zuerst im Ausschuss beraten oder ob direkt der Leader-Antrag gestellt werden soll.

Die Ausschussmitglieder sind mehrheitlich der Meinung, dass direkt der Leader-Antrag gestellt werden soll.

9.2. Anpflanzungen an der Nottulner Straße - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Beschluss des Umwelt- und Denkmalausschusses bzgl. der Anpflanzung einer Baumreihe an der Nottulner Straße. Der Landesbetrieb habe mitgeteilt, dass diese wegen einer parallel zum Radweg verlaufenden Gasleitung nicht realisiert werden könne. Dieses habe er in der letzten Bezirksausschusssitzung mitgeteilt. Daraufhin sei nachgefragt worden, ob denn nicht Heckenanpflanzungen vorgenommen werden könnten.

Diese Frage soll auch aus der Sicht dieses Ausschusses geklärt werden.

9.3. Bewilligungsbescheid Glockenturm - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass gestern der Bewilligungsbescheid für den Glockenturm am Rathaus eingegangen sei. Die Förderung betrage 40%.

10. Anfragen

10.1. Pflegemaßnahmen am neuen Friedhof - Herr Brockamp

Herr Brockamp berichtet über Hinweise aus der Bevölkerung, wonach sich der neue Friedhof in einem ungepflegten Zustand befinden soll. So soll das Laub aus dem vergangenen Herbst noch nicht entfernt worden sein, die Mülleimer seien voll, eine Heckenanpflanzung sei nicht erfolgt

und Wege zwischen den Gräbern sollen nicht angelegt worden sein. Außerdem sollen auf dem Feld für die Wiesengräber noch Holzkreuze tlw. aus 1993 vorhanden sein, obwohl sie nur bis zu 2 Jahre nach der Bestattung zulässig seien.

Frau Dirks teilt mit, dass die Pflegearbeiten an einen Unternehmer vergeben worden seien und der zuständige Fachbereich dem Hinweis nachgehen müsse.

Herr Brockamp bittet darum, insgesamt über die Situation am neuen Friedhof zu berichten und einen Ausbauplan für die Wege vorzulegen. Frau Dirks sagt zu, die Angelegenheit als Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu nehmen.

10.2. Defekte Lautsprecheranlage auf dem Friedhof - Herr Brockamp

Herr Brockamp moniert, dass die Lautsprecheranlage bei Beerdigungen häufig defekt sei.

Frau Dirks weist darauf hin, dass sich die Lautsprecheranlage im Eigentum der Kath. Kirche befinde und Herr Faltmann in einer vorhergehenden Sitzung bereits auf diesen Mischstand hingewiesen habe. Dabei habe ein Kirchenvorstandsmitglied am Tisch gesessen und zugesagt, den Hinweis aufzugreifen und weiter zu geben.

10.3. Behindertentoilette am Rathaus - Herr Dittrich

Herr Dittrich teilt mit, dass er von einer behinderten Dame angesprochen worden sei, die entsetzt darüber gewesen sei, dass im Raum der Behindertentoilette auch die Biotonne gestanden habe.

Frau Dirks sagt Überprüfung und Abhilfe zu.

10.4. Berkelquellteich - Herr Flüchter

Herr Flüchter bezieht sich auf die im Ausschuss vorgestellte Bachelorarbeit zur Verbesserung der Wasserqualität des Berkelquelltopfes und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Frau Dirks teilt mit, dass lt. Auskunft des Professors noch kein Ergebnis vorliege, das hier vorgetragen werden könnte. Sobald nähere Erkenntnisse vorliegen, werde hier berichtet.